



CHR. V. POLENTZ / TRANSIFOTO.DE (L.); ANDREAS SCHÜTZEL (R.)

Demonstration ehemaliger Heimkinder, Moderatorin Vollmer: „Systematischer Entzug von Menschenrechten“

MISSBRAUCH

System des Grauens

Der „Runde Tisch Heimerziehung“ schließt seine Arbeit ab. Anders als in Irland sollen Opfer von Gewalt und schwarzer Pädagogik nicht generell entschädigt werden.

Grausam und rücksichtslos ging es in den Häusern zu, die jungen Bewohner wurden oft zur Arbeit gezwungen, viele waren sexueller Gewalt ausgesetzt: Bundesdeutsche Kinderheime waren in den fünfziger und sechziger Jahren Orte des Schreckens.

800 000 Menschen wuchsen damals in diesen Einrichtungen auf, viele ohne angemessene Schulbildung und ohne medizinische Versorgung.

Wolfgang Focke ist einer von ihnen. Er ist heute 64 Jahre alt, und er möchte, dass sich Staat und Kirche endlich dazu bekennen, „dass sie bei mir und meinesgleichen großen Mist gemacht haben, sie sollen uns unsere Würde zurückgeben“. Mit seinen Leidensgenossen fordert er „Entschädigung für die Zwangsarbeit und für die ständigen Demütigungen, den systematischen Entzug von Menschenrechten, das Einsperren ohne Grund“.

Seit zwei Jahren hat sich der „Runde Tisch Heimerziehung“ beim Bundestag mit diesen Vorwürfen befasst. Die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne) moderierte die Treffen mit bis zu 30 Teilnehmern. Es wurden Experten angehört, wissenschaftliche Gutachten eingeholt, staatliche Aufsichtsbehörden und Heimbetreiber von einst befragt. Kommende Woche soll das Ergebnis mit Empfehlungen an Parlamente und Regierungen von Bund und Ländern gehen.

Bereits jetzt ist klar: Focke und anderen Opfern wird zwar Anerkennung und Verständnis zuteil. „Den Unrechtserfahrungen ehemaliger Heimkinder wird geglaubt“, soll es einleitend im Endbericht des Runden Tisches heißen. Doch in der zentralen Frage der Entschädigung gibt es vorerst kaum Fortschritt: Kirchen, Bundesländer und zuständige Bundesministerien wie die für Arbeit, Familie oder Justiz haben seit Wochen hinter den Kulissen gefeilscht. Argumente für eine unbürokratische, schnelle Entschädigung wurden mit jeder Fassung des Abschlussberichts getilgt.

Stattdessen wird ein kompliziertes Geflecht vorgeschlagen. So soll es eine bundesweite Stiftung geben, einen Beirat, Renten- und Traumatisiertenfonds sowie regionale Anlauf- und Beratungsstellen. Es kann Jahre dauern, bis diese Struktur durch Ausschüsse, Bundes- und Länderparlamente gegangen und per Gesetz verabschiedet ist. Und selbst dann werden finanzielle Hilfen schwer zu bekommen sein: Die Opfer müssen individuell nachweisen, dass sie sich „in schwierigen Lebenssituationen“ befinden.

Staat und Kirchen als Betreiber der damaligen Schreckensheime stellen sich nach Jahrzehnten zwar allmählich ihrer moralischen Verantwortung, aber sie drücken sich vor den finanziellen Folgen. Einigung haben sie bislang nur darüber erzielt, dass Bund, Länder und Kirchen jeweils ein Drittel des Stiftungsvermögens

bereitstellen sollen. Offen ist aber, wie viel eingezahlt wird.

„Keiner nennt Zahlen“, sagt Stefan Beuerele, „niemand macht konkrete Vorschläge.“ Der 70-Jährige war als eines der wenigen ehemaligen Heimkinder am Runden Tisch dabei. Ihn ärgert das Spiel auf Zeit: Etliche Opfer, die die Aufarbeitung einst in Gang brachten, sind bereits verstorben.

Um eine kollektive Entschädigung zu verhindern, wurde in den Endberichtsentswürfen alles gestrichen, was die Heimerziehung als Unrechtssystem darstellen könnte. Eine „pauschale Entschädigung“ oder „pauschale Opferrente“ lehnen die Interessenvertreter von Staat und Kirchen als „nicht realisierbar“ rundheraus ab.

Dabei hatten Wissenschaftler wiederholt Forschungsergebnisse vorgetragen, die ein systematisches Unrecht an Kindern und Jugendlichen belegen. Sie schätzen, dass allein durch die erzwungene Kinderarbeit auf Feldern, in Wäschereien oder Werkstätten die Jugendhilfe-Etats der Länder und Kommunen zwischen 1949 und 1975 um zweistellige Milliardenbeträge entlastet worden sind. Eine Expertise darüber gab der Runde Tisch aber erst gar nicht in Auftrag.

Ihre „Zwangsarbeit“ habe gegen das Grundgesetz verstoßen, argumentieren die Betroffenen, die oft viele Jahre ohne Lohn und ohne Sozial- und Rentenversicherung schufteten mussten. Vertreter der Heimkinder fordern deswegen eine Opferrente von 300 Euro monatlich oder eine Einmalzahlung von 54 000 Euro. Dies lehnen vor allem die Vertreter der unionsregierten Bundesländer ab, etwa Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

Der Berliner Erziehungswissenschaftler Manfred Kappeler, 70, wurde beim Runden Tisch als Experte angehört. Wie viele seiner Kollegen kritisiert er die Ignoranz von Kirchenleuten und Politikern angesichts der wissenschaftlichen Befunde. Kappeler hat in seinem neues-

„Geld zurück“

An der Odenwaldschule wird gestritten, was wichtiger ist: Entschädigung für Missbrauchsoffer oder Erhalt des Internats.

ten Buch „Anvertraut und ausgeliefert“ die Gemeinsamkeit katholischer, evangelischer und reformpädagogischer Heime und Internate analysiert: „Alle wissen, es geht überhaupt nicht um bedauerliche Handlungen von Einzeltätern, es war ein grausames System mit Normen und Regeln, das die Betreiber der Heime zu verantworten hatten. Ein System, in dem Gewalt Methode hatte.“

Völlig versäumt hat der Runde Tisch unter Vollmers Leitung außerdem, sexuelle Gewalt in den einst 3000 Heimen zu untersuchen. Darum kümmere sich, sagt Vollmer, der andere Runde Tisch über sexuellen Missbrauch, den Familienministerin Kristina Schröder begründet hat.

Dort allerdings wird bislang hauptsächlich über Prävention und Verjährungsfristen geredet. Entschädigungsfragen sind ein untergeordnetes Thema. Die Aufarbeitung der Vergangenheit spielt keine große Rolle. Opfer kirchlicher und weltlicher Einrichtungen – ehemalige Regensburger Domspatzen, Ex-Schüler der Jesuiten-Kollegs oder der Odenwaldschule (siehe Kasten) – sind deshalb frustriert. Auch sie hatten nach der Aufdeckung der Skandale seit Anfang des Jahres auf späte Gerechtigkeit gehofft.

Wolfgang Focke hatte als ehemaliges Heimkind mit einer Petition an den Bundestag vor knapp fünf Jahren die Diskussion mit angeschoben, die zur Bildung

Der Mann, der sich Jürgen Dehmers nennt, macht eine einfache Rechnung auf. Als er 13 Jahre alt war, wurde er in einem Duschaum der Odenwaldschule vom damaligen Schulleiter Gerold Becker zum ersten Mal missbraucht. Es folgten drei Jahre lang Übergriffe und Vergewaltigungen, manchmal mehrfach am Tag. Drei Jahre Vorhölle im Internat, für die ein Vollzahler nach heutigen Preisen knapp 80 000 Euro Schulgeld aufbringen müsste. Dehmers sagt: „Dieses Geld, das sich meine Eltern abgespart haben, will ich zurück.“

Der heute 41-Jährige ist einer von bislang 125 früheren Schülerinnen und Schülern, die Missbrauchsvorwürfe gegen den im Sommer verstorbenen Ex-Schulleiter und mehrere Altlehrer des Privatinternats erheben. Er ist einer der vielen, die nach dem Missbrauch ein Leben auf der Kippe führten, mit Abstürzen, Alkohol- oder Drogensucht, langen Therapien.

Und Dehmers Forderung nach Schulgeld-erstattung ist Teil der Erklärung dafür, warum diese Schule nicht zur Ruhe kommen kann. Denn es geht um die Frage, was ihr wichtiger ist: Hilfe und Genugtuung für die Opfer – oder Erhalt der Institution.

Der Streit darüber entzweite vor gut einer Woche den Vorstand des Trägervereins, dem das einstige Elite-Internat gehört. Der Vorsitzende Michael Frenzel trat zurück, ebenso Vorstandssprecher Johannes von Dohnanyi. Sie fanden, die Schule müsse „ein Sühnezeichen setzen“: 300 000 Euro für die Opfer, davon 100 000 sofort, der Rest in Raten, ergänzt durch Spenden.

Heftiger Widerstand kam von Schulleiterin Margarita Kaufmann. „Immer wieder“, sagte sie in internen Gesprächen, hätten Eltern darauf bestanden, dass Entschädigungen nicht aus dem laufenden Schuletat gezahlt

werden dürften. Die 2220 Euro Monatsschulgeld seien nur für die aktuelle Schülergeneration gedacht.

Die Mehrheit im Vorstand folgte Kaufmann. Die Schule will nun eine Stiftung gründen und für die Opfer Spenden sammeln. Die Entscheidung, mit der sich die Schule aus Opfersicht aus der Verantwortung stiehlt, spiegelt die nackte Angst um die Existenz des Internats wider. Die Schülerzahlen sinken, und das Image ist ruiniert, seit im Frühjahr alle Medien verbreiteten, dass sich hier über Jahrzehnte ein Club von Kinderschändern austoben konnte. Nur noch etwa 180 Schüler wohnten jetzt im Internat, heißt es. Mehr als hundert weniger als in den besten Zeiten. Und 30 bis 40 weniger, als man brauche, um wirtschaftlich zu sein und den Sanierungsbedarf der alten Schulhäuser decken zu können.

Gerade deshalb drängten Dohnanyi und Frenzel auf die Flucht nach vorn: Die Odenwaldschule sollte „weltweite Modellschule“ für den Umgang mit Missbrauch werden, hatte Dohnanyi im Sommer angekündigt. Andere wollten, dass das Thema nicht auf alle Zeiten so eng mit dem Internat verbunden bleibt. „Wir müssen wieder zur Ruhe kommen und uns darauf konzentrieren, Kinder auszubilden“, sagt eine Mitarbeiterin.

Nun allerdings hat die Schule die Missbrauchsdebatte mit den Rücktritten der Vorstände selbst wieder angeheizt. Der Opferverein „Glasbrechen“ nennt die Stiftung ein „Feigenblatt“. Überdies sind mindestens vier Bücher in Arbeit, die sich ausführlich mit der dunklen Vergangenheit an der Odenwaldschule beschäftigen. Zwei davon wurden von Verlagen schon für nächstes Frühjahr angekündigt.

Auch der Mann, der sich Jürgen Dehmers nennt, schreibt ein Buch, in dem die Schule nicht gut wegkommen wird. Er hatte bereits 1998 versucht, die Missbrauchsfälle öffentlich zu machen, war damals aber kaum auf Resonanz gestoßen.

Dehmers ist keiner, der schnell aufgibt. „Ich habe zwölf Jahre auf die Aufklärung gewartet“, sagt er, „jetzt kann ich auch zwölf Jahre für meine Entschädigung kämpfen.“

MATTHIAS BARTSCH



Odenwaldschule: Vorhölle im Internat

des Runden Tisches führte. Jetzt ist er tief enttäuscht. Er verweist auf Irland, das, trotz niedrigeren Wohlstands, 14 768 Heimkinder im Schnitt mit 76 500 Euro entschädigt hat.

„Dass uns Staat und Kirche um unsere Lebenschancen beraubt haben, soll im reichen Deutschland nicht annähernd so viel wert sein?“, fragt er. „Die gestohlenen Jahre unserer Kindheit sind für immer verloren, ja, aber warme Worte allein mindern nicht den Alptraum, der uns bis heute verfolgt.“

PETER WENSIERSKI